



POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE KRISE NATO-PERSPEKTIVE SPRACHENFRAGE

■ KOMMENTAR		
Die politische Krise in der Ukraine		2
Von Gerhard Simon, Köln/Bonn		
■ UMFRAGE		
Sonntagsfrage zu Parlaments- und Präsidentenwahlen (November 2008)		7
■ KOMMENTAR		
Die NATO-Integration der Ukraine: Zwei Schritte zurück, einer nach vorn		8
Von Katerina Malygina, Eichstätt-Ingolstadt / Bremen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN		
Die ukrainischen NATO-Beitrittsperspektiven		11
■ ANALYSE		
Sprache und Identität: Reflexionen aus Odessa und Lwiw		13
Von Abel Polese und Anna Wylegała		
■ UMFRAGE		
Welche Sprache benutzen Sie im Alltag?		17
■ CHRONIK		
Vom 26. November bis zum 9. Dezember 2008		18

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 27.1.2009.



Kommentar

Die politische Krise in der Ukraine

Von Gerhard Simon, Köln/Bonn

Einleitung

»Krise« scheint seit längerem die Beschreibung für die Normalität in der Ukraine zu sein. Jedenfalls sind die Zeiträume mit voll arbeitsfähigen Verfassungsorganen Parlament, Regierung und Staatspräsident eher kurz, und die Perioden, in denen zumindest eines dieser Organe nicht voll funktionsfähig ist, sehr lang. Es kommt hinzu, dass auch in Zeiten voller Arbeitsfähigkeit die Konflikte zwischen den Verfassungsorganen den politischen Alltag bestimmen. Das liegt daran, dass der Großteil der politischen Auseinandersetzungen nicht zwischen Regierungskoalition und Opposition stattfindet, sondern innerhalb der regierenden Koalition. Jedenfalls gilt das für die Zeiträume seit der Orangen Revolution, in denen die Orangen Kräfte mit Präsident Juschtschenko an der Spitze die Regierungsverantwortung tragen. Insgesamt ist dies eine Zeitspanne von knapp drei Jahren. Seit Januar 2005 stellte die blau-weiße Opposition unter Ministerpräsident Viktor Janukowitsch lediglich von August 2006 bis Dezember 2007 die Regierung. Aber auch dieser Zeitabschnitt war krisengeschüttelt, weil Präsident und Ministerpräsident den gegensätzlichen Lagern angehörten und weil Juschtschenko im April 2007 das Parlament auflöste und Neuwahlen ausschrieb.

Ist die Ukraine also unregierbar? Ist dies der Grund, warum dem Land eine Mitgliedschaft in der EU und der Nato verwehrt wird? Oder sind »Krisen« das Lehrgeld, das ein Land zahlen muss, wenn es unter widrigen Umständen im Inneren und behindert von außen versucht eine demokratische Ordnung aufzubauen. Für die Ukraine stehen die Hebel aus Brüssel nicht zur Verfügung, die in hohem Maß Reformen in den Ländern Ostmitteleuropas gefördert, ja erzwungen haben. »Annäherung an Europa« ist kein Ersatz für die Perspektive einer Mitgliedschaft in der EU. Damit soll keineswegs die heutige politische Elite in der Ukraine von der Verantwortung für die nicht enden wollenden Krisen und der daraus folgenden Stagnation freigesprochen werden. Dies gilt umso mehr, als wegen der beinahe permanenten Instabilität das Ziel einer demokratischen Ordnung verloren gehen kann, so dass die Rückkehr zu einem autoritären System sich als Rettung anbieten könnte. Wahrscheinlich ist Juschtschenko bei all seiner Wankelmütigkeit und Unberechenbarkeit ein Garant gegen die Wiederkehr des Autoritarismus. Aber seine Amtszeit geht im Januar 2010 zu Ende.

Chronik der Krise

Die gegenwärtige Krise trat am 2. September 2008 in ein akutes Stadium ein, als das Parlament nach der Sommerpause zu seiner ersten Sitzung zusammenkam. In einer wohl vorbereiteten Aktion und handstreichartig brachte der Block Julia Timoschenko (BJuT), die mit Abstand größte Regierungspartei in der »demokratischen Koalition«, gemeinsam mit der Opposition in Gestalt der Partei der Regionen (PR) mehrere Gesetzentwürfe durch

das Parlament, die die Macht des Präsidenten empfindlich einschränkten. Beide Parteien zusammen verfügen im Parlament über eine Zweidrittelmehrheit.

Unter Protest gegen diesen Vertrauensbruch und das nicht abgesprochene Zusammengehen von BJuT und PR kündigte die Fraktion Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes (NU-NS) den Koalitionsvertrag mit BJuT auf. Damit hatte die Regierung keine Koalitionsmehrheit mehr im Parlament. Nach Ablauf der vorgeschriebenen Fristen löste Juschtschenko verfassungsgemäß mit Erlass vom 8. Oktober das Parlament auf und schrieb Neuwahlen für den 7. Dezember 2008 aus.

Der massive Widerstand von BJuT gegen Neuwahlen, deren Unpopularität und die sich verschärfende Wirtschaftskrise, die gebieterisch parlamentarische Beschlüsse verlangte, veranlassten den Präsidenten, am 20. Oktober den Auflösungsbeschluss auszusetzen. Ein Wahltermin im Dezember ist schon aus technischen Gründen nicht mehr einzuhalten. Ein neuer Wahltermin wurde bislang nicht festgesetzt.

So ist de facto der Zustand vor dem 2. September weitgehend wieder hergestellt. Zwar gibt es keine Mehrheitskoalition im Parlament, aber die war – *de facto* – schon vor der parlamentarischen Sommerpause zerfallen, weil ein Dutzend Parlamentarier der Fraktion von Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes öffentlich ihre Solidarität mit BJuT aufgekündigt hatte.

Die Regierung unter Ministerpräsidentin Timoschenko ist trotz des – inzwischen ausgesetzten, aber nicht aufgehobenen – Auflösungsdekretes voll im Amt und nicht auf den Status einer geschäftsführenden Regierung reduziert, weil sie sich weigerte zurückzu-

treten. Die von Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes gestellten Minister sind ebenfalls nicht zurückgetreten – der kleinere Koalitionspartner besetzt die Hälfte der Ministerposten. Diese Minister sind also ihren eigenen Parlamentariern nicht gefolgt. Die Regierung ist auf situative Mehrheiten im Parlament angewiesen, die sie im Falle des wichtigen Antikrisenpakets als Voraussetzung für den Stand-by Kredit des IWF am 31. Oktober gemeinsam mit Präsident Juschtschenko zusammenbrachte.

Anders als die Exekutive schwächte sich das Parlament selbst empfindlich durch die Absetzung des Parlamentspräsidenten Arsenij Jazenjuk am 12. November 2008. Insgesamt 233 Abgeordnete stimmten für die Absetzung; außer der Opposition votierten auch 10 Abgeordnete der eigenen Fraktion Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes gegen Jazenjuk. Ohne sie wären die notwendigen 226 Stimmen nicht erreicht worden. Das Parlament war zunächst außer Stande einen Nachfolger zu wählen. Ohne Parlamentspräsident ist das Parlament nicht handlungsfähig, weil Beschlüsse nur durch die Unterschrift des Parlamentspräsidenten rechtskräftig werden. Die Funktion eines geschäftsführenden Parlamentspräsidenten sieht die Geschäftsordnung nicht vor, ebenso wenig wie die Übertragung dieser zentralen Funktion auf einen der Stellvertreter.

Interessen und Fehleinschätzungen der Akteure

Ursache der Krise ist die Unfähigkeit der Orangen Koalitionäre in der von ihnen geschaffenen »demokratischen Koalition« zusammenzuarbeiten. Seit Beginn der zweiten Regierung Timoschenko im Dezember 2007 haben der Präsident und das Sekretariat des Präsidenten unter Viktor Baloha in vielfältiger Hinsicht die Arbeit der »eigenen« Ministerpräsidentin behindert und mit öffentlicher Schelte begleitet. Der Überraschungscoup vom 2. September, als der Block Timoschenko und die Partei der Regionen gemeinsam für Gesetze zur Schwächung des Präsidenten stimmten, war offenbar ein Gegenangriff und verfolgte das Ziel, dem Präsidenten und seiner politischen Partei die Grenzen zu zeigen.

Hinzu kam, dass der Block Timoschenko und die Partei der Regionen ähnliche Positionen in zentralen Fragen einer Verfassungsrevision vertreten: Beide treten für ein Art Kanzlerdemokratie, also eine starke Stellung des Ministerpräsidenten und die Reduzierung der Kompetenzen des Präsidenten, ein. Alle politischen Kräfte sind sich übrigens einig, dass die Verfassung geändert werden muss, um klare Kompetenzabgrenzungen zwischen Präsident, Ministerpräsident und Parlament zu

schaffen. Juschtschenko will möglichst viel Macht beim Präsidenten konzentrieren, steht mit dieser Position aber ziemlich allein.

Weil die Partei der Regionen und der Block Timoschenko zusammen über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügen, sahen die Anhänger des Präsidenten – wohl zu Recht – in dem Vorgehen am 2. September einen Probelauf für Verfassungsänderungen gegen den Willen des Präsidenten. Die Fehleinschätzung von Julia Timoschenko bestand darin, zu glauben, sie könne gleichzeitig gemeinsam mit der Opposition die Verfassung ändern und mit dem Präsidentenlager in einer Regierungskoalition zusammenarbeiten.

Deshalb war Timoschenko überrascht von der radikalen und wie sich bald zeigte nicht rückgängig zu machenden Aufkündigung der Koalition durch eine Mehrheit der Abgeordneten von Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes. Zwar waren der Block Timoschenko und die Partei der Regionen zu einer situativen Zusammenarbeit im Parlament in der Lage, aber die Sondierungen brachten schnell Klarheit darüber, dass zunächst keine Seite eine »große Koalition« anstelle der bisherigen »demokratischen Koalition« einzugehen bereit war, weil die sachlichen und personalen politischen Differenzen zu groß sind. So zerfiel die alte Koalition und eine neue ließ sich nicht schmieden.

Als die Ministerpräsidentin Mitte Oktober alles zurücknehmen wollte und der Block Timoschenko sich im Parlament nicht an der Abstimmung über das Veto des Präsidenten gegen die Gesetzesvorlagen vom 2. September beteiligte, womit das Veto Bestand hatte, wurde deutlich, dass die Kalkulationen vom 2. September gescheitert waren: Weder gelang es, mit der Partei der Regionen die Verfassung zu ändern oder mit ihr eine neue Koalition einzugehen noch konnte die alte Koalition wiederhergestellt werden.

Aber auch der Präsident konnte seine Interessen nicht durchsetzen. Zwar war sein Erlass zur Auflösung des Parlaments vom 8. Oktober 2008 verfassungsrechtlich korrekt, trotz der wütenden Versuche des Block Timoschenko ihn rechtlich auszuhebeln, aber politisch war er in dieser Form nicht zu realisieren. Das zentrale Interesse des Präsidenten besteht offenbar darin, Julia Timoschenko aus dem Amt der Ministerpräsidentin zu entfernen, weil er anders keine Chance für die eigene Wiederwahl in das Präsidentenamt sieht. Es gilt als ausgemacht, dass beide sich im nächsten Jahr um das Präsidentenamt bewerben werden. Vorgezogene Neuwahlen des Parlaments enthalten jedenfalls die Möglichkeit, dass Timoschenko das Amt der Ministerpräsidentin verlieren könnte.

Aber unter dem Druck des Widerstandes von vielen Seiten sah sich der Präsident gezwungen, den Auflösungserlass auszusetzen. Damit ist auch er bislang Verlierer in der politischen Krise. Gewinner gibt es eigentlich nicht, es sei denn die Opposition aus Partei der Regionen, Kommunisten und Block Litwin, die aus der Zuschauerperspektive erleben, wie sich die einstmaligen Orangen Kräfte selbst zerfleischen.

Lösungsmöglichkeiten

Kein Zweifel, die jetzige Hängepartie widerspricht dem Geist und Buchstaben der Verfassung. Seit der Verfassungsreform vom Dezember 2004, die 2006 in Kraft trat, ist das Parlament der Hauptsitz der politischen Macht. Spätestens jetzt ist deutlich: Das Parlament ist nicht in der Lage, diese Macht verantwortlich wahrzunehmen. Die Verfassung schreibt zwingend, wenn die bisherige Koalition aufgekündigt wird, die Bildung einer neuen Mehrheitskoalition als Voraussetzung für die Einsetzung einer Regierung vor. Die von der Verfassung dafür gesetzten Fristen sind abgelaufen. Insofern sind vorgezogenen Neuwahlen unabweislich, sollte nicht Fünf nach Zwölf im bisherigen Parlament eine neue Koalition ausgehandelt werden.

Die Erfahrungen des Sommers 2007 haben gezeigt, dass der Präsident allein Neuwahlen gegen den Widerstand des Regierungschefs nicht durchsetzen kann, auch wenn er verfassungsrechtlich dazu die Kompetenz besitzt. Im vergangenen Jahr widersetzte sich der damalige Ministerpräsident Janukowitsch den Auflösungserlassen des Präsidenten, so wie derzeit Timoschenko. Neuwahlen konnten erst anberaumt werden, nachdem sich Präsident, Ministerpräsident und Parlamentspräsident am 27. Mai 2007 am Runden Tisch auf einen Kompromiss einigten. Vieles spricht dafür, dass auch diesmal die Krise nur mit der Zustimmung der Ministerpräsidentin zu lösen ist und nicht gegen sie, wie Juschtschenko es zunächst vorhatte.

Bei den Konflikten und Konfliktlösungen der vergangenen Jahre hat sich eine Art Muster herausgebildet, das in gewissen Varianten wiederkehrt: Konflikt – Zuspitzung – gegenseitige Blockade – Kompromiss am Runden Tisch. Außer in dem eben genannten Fall war dies Paradigma im Herbst 2005 zu beobachten. Damals endete die Krise mit dem Memorandum für Verständigung zwischen der Regierung und der Opposition im September 2005. Im August des folgenden Jahres unterzeichneten alle politischen Kräfte – allerdings mit Ausnahme von Julia Timoschenko – das »Universal der nationalen Einheit«, mit dem eine monatelange Regierungskrise zu Ende ging.

Bislang ist es der Ukraine immer gelungen, dem Abgrund zu entkommen und politische Konflikte gewaltlos beizulegen. Allerdings ist der Preis für den Kompromiss am Rande des Abgrunds hoch; er bedeutet monatelangen Stillstand. Vor allem aber werden auf diese Weise die Konfliktursachen nicht beseitigt. Es fehlt an funktionsfähigen Institutionen, die in einer Demokratie für die Konfliktlösung zuständig sind. Deshalb bleibt nur der Runde Tisch, eine Institution außerhalb der verfassungsmäßigen Institutionen.

Können Neuwahlen eine Konfliktlösung bringen? Wird nicht in einem neuen Parlament die gleiche Kräftekonstellation wiederkehren, wie vielfach argumentiert wird? Die grundsätzliche Antwort lautet, dass in einer Demokratie der Appell an den Souverän, d. h. den Wähler, stets legitim, ja geboten ist. Die spezifische Antwort lautet, dass keineswegs von vornherein feststeht, dass die Zusammensetzung des Parlaments nach Neuwahlen exakt die gleiche sein wird. Gerade in der Ukraine mit ihrem klar ausgeprägten dichotomen Wählerverhalten können wenige Prozentpunkte mehr oder weniger für die Partei der Regionen oder den Block Timoschenko gänzlich neue politische Perspektiven eröffnen. Zudem ist nicht sicher, ob Gruppierungen wie der Block Litwin, ja sogar Juschtschenkos Unsere Ukraine (ohne Jurij Luzenkos Selbstverteidigung des Volkes) die 3 % Hürde überwinden würden.

Allerdings ist nach gegenwärtigem Stand der Umfragen durchaus denkbar, dass in einem neuen Parlament die Partei der Regionen und die Kommunisten die Mehrheit haben und also die Regierung bilden würden. Das hätten sich dann die Orangen Kräfte selbst zuzuschreiben, die einen rücksichtslosen Kampf gegeneinander führen.

Die Selbstzerstörung des Orangen Lagers

In autoritären politischen Regimes gibt es keine starke Opposition und ein Machtwechsel wird mit allen Mitteln verhindert. Für die Ukraine gilt das Gegenteil: Eine ausufernde Opposition bestimmt die politische Tagesordnung. Sie ist sozusagen überall, besonders aber innerhalb des Orangen Lagers. Es fehlt an Loyalität und der Einsicht, dass Parlamentarismus ohne loyale Zusammenarbeit innerhalb von Parteien und zwischen Koalitionspartnern nicht funktionieren kann. Die jetzige Regierungskrise ist nicht durch die eigentliche Opposition im Parlament ausgelöst worden, sondern Folge der Unfähigkeit zur Zusammenarbeit innerhalb der Regierungskoalition. Ein von der oppositionellen Partei der Regionen eingebrachtes Misstrauensvotum gegen Ministerpräsidentin Timoschenko scheiterte sogar am 11. Juli

2008 und erhielt nur 174 statt der erforderlichen mindestens 226 Stimmen.

Ein zentraler Grund für die Konflikte innerhalb des Regierungslagers ist die Unverträglichkeit zwischen Juschtschenko und Timoschenko, die nun schon seit vier Jahren das politische Klima vergiftet und gelegentlich psychopathologische Züge annimmt. Dabei spielt der ungehemmte Wille zur Macht auf beiden Seiten ohne Zweifel eine Rolle, vermag jedoch nicht das ganze Drama zu erklären. Es bestehen auch programmatische Unterschiede vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung. In der Außenpolitik haben sich die Differenzen im Gefolge des August-Krieges im Kaukasus verschärft. Julia Timoschenko ist nicht bereit, gegen Russland Stellung zu beziehen – was sicher auch mit der Rücksichtnahme auf potentielle Wähler im Osten und Süden der Ukraine zusammenhängt.

Die jahrelangen aufreibenden Zwistigkeiten innerhalb des Orangen Lagers haben dazu geführt, dass der Wahlblock Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes de facto zerfallen ist. Nicht nur die Popularität des Präsidenten ist auf einem Tiefpunkt angekommen, sondern auch seine politische Gruppierung hat als aktionsfähige Organisation aufgehört zu bestehen. Von den 72 Abgeordneten der Fraktion gelten etwa 30 als Anhänger einer Zusammenarbeit mit dem Block Timoschenko (insbesondere die Vertreter von Selbstverteidigung des Volkes unter Luzenko), 30 als treue Gefolgsleute von Juschtschenko, und etwa 10 haben sich zu einer neuen Partei »Einheitliches Zentrum« unter dem Leiter des Sekretariat des Präsidenten Baloha zusammengeschlossen. Baloha führt den täglichen Medienkampf gegen die Ministerpräsidentin an. Die öffentliche Polemik gegen Timoschenko kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Schwergewicht innerhalb des einstmaligen Orangen Lagers sich immer mehr zugunsten von Timoschenko verschiebt.

Insoweit hat die Selbstauflösung der ehemaligen demokratischen Koalition auch positive Konsequenzen. In der Ukraine entsteht in der Tendenz ein Zweiparteiensystem mit Partei der Regionen und Block Timoschenko. Hinzu treten kleine Parteien und Gruppierungen, die je etwa 5 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen: Kommunisten, Block Litwin und Unsere Ukraine. Wegen der annähernd gleichen Stärke der beiden großen Parteien können die kleinen allerdings bei der Regierungsbildung zum Zünglein an der Waage werden. Der andere positive Aspekt angesichts der Selbstauflösung des Orangen Lagers besteht darin, dass die Spaltung der politischen Klasse in zwei Lager, die seit

2002 die Agenda bestimmt hat, jetzt in den Hintergrund tritt. Möglicherweise bewegt sich das Parlament auf eine Situation zu, in der im Prinzip alle hier vertretenen Parteien miteinander koalieren können – eine positive Entwicklung für eine demokratische Ordnung.

Fehlende demokratische politische Kultur

Die überzogene, alarmistische Wahrnehmung der ukrainischen Krise ist dem niedrigen, ja abstoßenden Niveau des Diskurses und vieler Aktionen geschuldet. Die politische Rhetorik gleicht einer Schlammschlacht. »Verrat« und »Handlanger Moskaus« gehören noch zu den harmlosen Beschuldigungen an die Adresse des politischen Gegners. Julia Timoschenko wurde ein Mordkomplott gegen Baloha vorgeworfen, ebenso, sie sei an der Vergiftung von Juschtschenko im September 2004 beteiligt gewesen. Dem Präsidenten wiederum wurde unterstellt, er habe die Vergiftung selbst veranlasst, um als Märtyrer Wählerstimmen zu gewinnen.

Das Tagesgeschehen im Parlament erinnert Außenstehende häufig eher an Karneval als an ernste politische Debatten in einem krisengeschüttelten Land. Zu Beginn des Jahres 2008 blockierte die Opposition über Wochen den Plenarsaal mit blauen Luftballons, um die Eröffnung einer Sitzung zu verhindern. Alle Parteien beteiligen sich regelmäßig an der Blockade der Rednertribüne, verbarrikadieren das Pult des Parlamentspräsidenten oder demolieren gezielt die elektronische Abstimmungsanlage. Dabei kommt es auch gelegentlich zu Faustschlägen und Fußtritten. Ziel ist zumeist, eine Debatte oder Abstimmung zu verhindern, die eigene Tagesordnung durchzusetzen oder dem Gegner den erwarteten Abstimmungserfolg zu entreißen. Inzwischen haben sich in den großen Fraktionen sportliche Typen als »Spezialisten«, profiliert, die solche »schwarze Arbeit« übernehmen. Zu einer Massenschlägerei ist es immerhin bisher nicht gekommen.

Als ein großes Übel erweist sich die elektronische Abstimmungsanlage, die der Manipulation Tür und Tor öffnet, denn häufig stimmen die elektronischen Karten, nicht aber die Abgeordneten ab. Der Nachweis dieses Missbrauchs ist im Nachhinein schwierig, führt aber auch bei eindeutiger Beweislage zu keinerlei Konsequenzen.

Neben diesen äußerlich sichtbaren Zeichen mangelnder politischer Kultur tritt eine generelle Missachtung von Verfahren und Gesetzen, einschließlich der Verfassung, die sozusagen situativ und selektiv eingehalten werden oder auch unbeachtete bleiben. Die Vorstellung, dass Demokratie und Rechtsstaat in erheblichem Umfang nichts anderes sind als die Durchsetzung von

zuvor vereinbarten Verfahren und Regeln ohne Ansehen der Person, prägt bislang nicht die Mentalität.

Außenpolitischer Flurschaden

Die gegenwärtige Krise richtet erheblichen außenpolitischen Flurschaden an. Die Erteilung eines Membership Action Plans, über den die Nato im Dezember beraten wollte, ist in weite Ferne gerückt. Zwar steht die Perspektive einer Nato-Mitgliedschaft nicht prinzipiell in Frage, aber die Realisierung ist heute in höherem Maß ungewiss als im April, als der Nato-Gipfel in Bukarest den entsprechenden Beschluss fasste. Die deutsch-ukrainischen Regierungskoalitionen, die an sich jährlich vereinbart waren, aber seit 2005 nicht mehr stattgefunden haben, werden auch in diesem Jahr nicht zustande kommen.

Die Ukraine gilt international als wenig handlungsfähig und unzuverlässig. Ihr Ansehen hat durch die sich wiederholenden und lang anhaltenden politischen Krisen gelitten. Präsident und Ministerpräsidentin werden in den westlichen Hauptstädten mit Zurückhaltung aufgenommen. Die Unfähigkeit, ihre innenpolitische Fehde beizulegen, schwächt die Position von beiden. Der Kontrast zu dem triumphalen Empfang, der Juschtschenko 2005 in Westeuropa und Nordamerika bereitet wurde,

könnte kaum größer sein. Die Akteure in der Ukraine selbst scheinen wenig Gedanken darauf zu verschwenden, wie sie im Ausland wahrgenommen werden, und wie sie das Ansehen der Ukraine beschädigen.

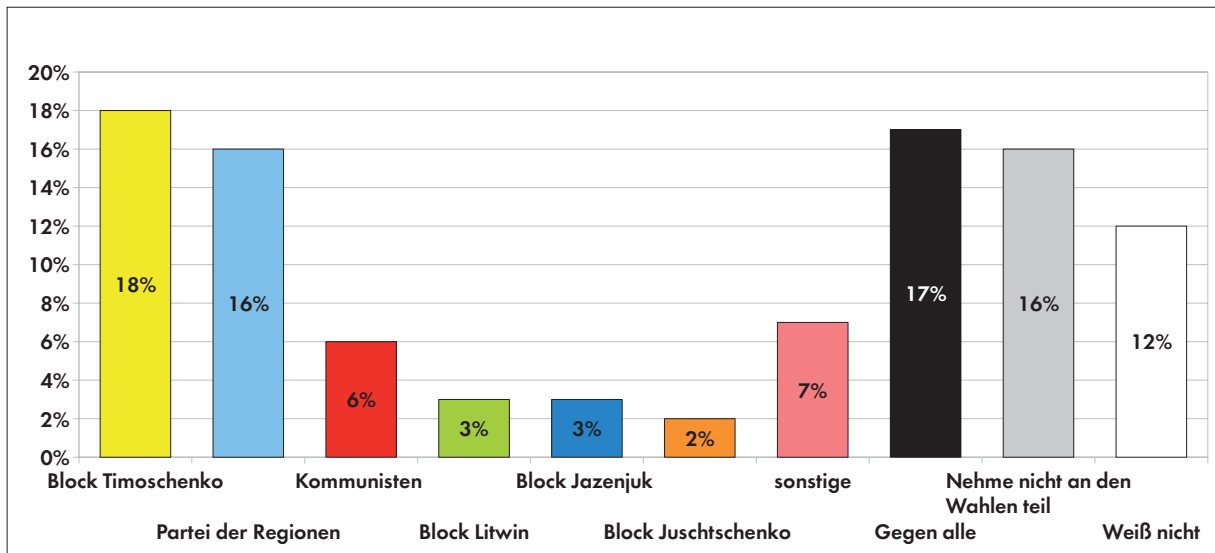
Dies ist umso beklagenswerter als sich in der westlichen und der innerukrainischen Wahrnehmung die Krise ganz und gar in den Vordergrund drängt, und die Fortschritte des Landes auf dem Weg zu einer demokratischen Ordnung dabei aus dem Blick geraten. Die Ukraine ist im Unterschied zu Russland ein freies Land, in dem Meinungs- und Pressefreiheit herrschen und freie Wahlen stattfinden. Es gibt keine »Partei der Macht« mehr, sondern es bildet sich ein stabiles System der politischen Parteien heraus. Im Parlament sind keine extremistischen Parteien vertreten. Die bestehenden extremen Ausleger auf der rechten und linken Seite scheitern regelmäßig an der 3 %-Hürde. Politik findet im öffentlichen Raum statt und nicht hinter Kremelmauern. Die Ukraine bietet auch deshalb ein so buntes und manchmal wildes Bild, weil die Gegensätze hier in aller Öffentlichkeit aufeinander prallen. Stabilität ist gewiss nicht das Markenzeichen des Landes, aber vielleicht ist Demokratie nicht anders als über den Weg der Instabilität zu haben.

Über den Autor

Prof. Dr. Gerhard Simon lehrt am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

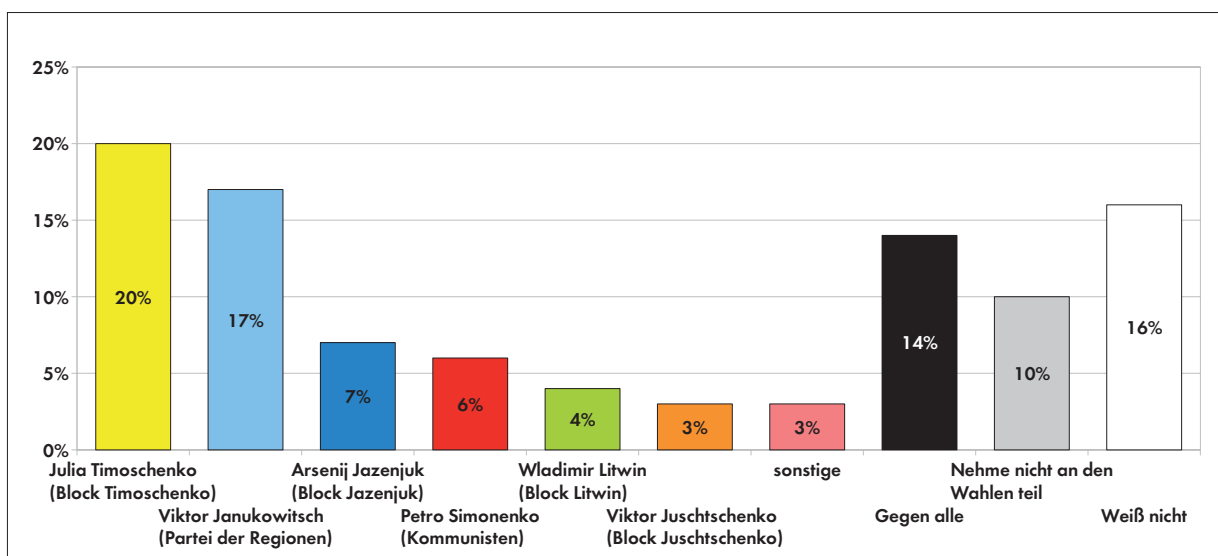
Umfrage
Sonntagsfrage zu Parlaments- und Präsidentschaftswahlen (November 2008)

Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Parlamentswahlen wären?



Anmerkung: Namentlich aufgeführt sind alle Parteien mit einem Wert von mindestens 2 %. Die Hürde zum Einzug in das Parlament liegt bei 3 %.

Welchen Kandidaten würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären?



Anmerkung: Namentlich aufgeführt sind alle Kandidaten mit einem Wert von über 2 %.

Quelle: repräsentative Umfrage des FOM-Ukraine vom 12. bis 24.11.2008, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du080201

Kommentar

Die NATO-Integration der Ukraine: Zwei Schritte zurück, einer nach vorn

Von Katerina Malygina, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt / Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Am 2. und 3. Dezember 2008 fand ein NATO-Außenministertreffen in Brüssel statt. Dort wurde beschlossen, der Ukraine und Georgien den sogenannten MAP-Status – den Status eines offiziellen Kandidaten, der den »Aktionsplan für die Mitgliedschaft« (MAP) erfüllen muss – nicht zu gewähren. Dies ist schon das zweite Scheitern für die Ukraine nach dem Gipfel von Bukarest im April 2008, auf dem die NATO-Staaten trotz der ukrainischen Bitte um den MAP-Status lediglich eine NATO-Mitgliedschaft in ferner Zukunft versprochen. Und dennoch ist das Ergebnis des Dezember-Treffens für die Ukraine ein wichtiger Schritt nach vorn – die Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine treten in eine neue Phase ein.

Einführung

Schon lange vor der NATO-Sitzung Anfang Dezember war klar, dass der Ukraine und Georgien der MAP-Status verweigert werden würde. Nicht ganz klar war, was der Ukraine stattdessen vorgeschlagen werden würde. Die durch ihre in Bukarest gegebenen Versprechungen in ihrem Handeln eingeschränkte Allianz stand von einer großen Herausforderung: Sie musste die Meinung Frankreichs und Deutschlands berücksichtigen, an die Ukraine und Georgien ein »positives Signal« bezüglich ihres beabsichtigten NATO-Beitritts senden und Russland in diplomatischer Weise zeigen, dass es kein Vetorecht gegen die Entscheidungen der Allianz hat. Letztendlich haben sich die Staaten auf einen »britischen Kompromiss« geeinigt: Die beiden Staaten sollen zunächst mit »nationalen Jahresprogrammen« auf einen späteren NATO-Beitritt vorbereitet werden. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit in den NATO-Ukraine- und NATO-Georgien-Kommissionen verstärkt werden.

Auf diese Weise hat die NATO ihre schwierige Aufgabe gemeistert. Auf der einen Seite sah Russland die MAP-Ablehnung als Sieg an. Moskau begrüßte die Entscheidung der NATO als Rückkehr zu einem realistischen Standpunkt. Man erwartet hier, dass die nach dem Georgien-Krieg auf Eis gelegte Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland schon bald wieder aufgenommen wird (dies haben die NATO-Mitgliedstaaten ebenfalls am 2. Dezember beschlossen). Auf der anderen Seite wurde die Entscheidung der NATO aber auch in der Ukraine positiv gesehen. Obwohl die NATO bereits deutlich gemacht hat, dass die »nationalen Programme« kein Ersatz für den MAP seien und dass der Beitritt zur Allianz ohne MAP aus rechtlicher Sicht unmöglich sei, verkündete der Außenminister der Ukraine Wolodymyr Ogrysko am 3. Dezember, dass »die Ukraine *de facto* einen MAP erhalten« habe.

So hätte die Ukraine im Jahr 2008 beinahe die NATO entzweit. Wird sie auch im kommenden Jahr, insbesondere kurz vor dem 60-jährigen Jubiläum der Allianz, mit aller Kraft auf ihre euroatlantische Integration bestehen?

Probleme bei der Nato-Integration

Auf dem NATO-Gipfel im April 2008 wurden der Ukraine zwei Aufgaben gestellt: Sie sollte eine Einheit innerhalb der ukrainischen Elite und einen Konsens in der Gesellschaft zur Frage der ukrainischen Integration in die NATO herstellen. Leider sind beide Aufgaben bis heute nicht gelöst.

Unter den Spitzenpolitikern der Ukraine beharrt nur der Präsident der Ukraine Viktor Juschtschenko auf der euroatlantischen Integration des Landes. Timoschenko und Janukowitsch berufen sich auf die geringe Unterstützung in der Bevölkerung für das Projekt und setzen sich für ein nationales Referendum zum NATO-Beitritt ein. Und obwohl die Zahl der Befürworter eines NATO-Beitritts nach dem Georgien-Krieg in der Ukraine drastisch gestiegen ist (nach verschiedenen Meinungsumfragen zwischen Oktober und November 2008 waren es rund 30 % gegenüber 22 % vor dem Krieg), sind 60 % der Bevölkerung gegen die ukrainische Mitgliedschaft in der NATO und etwa 10 % der Ukrainer sind noch unentschieden. Es wäre sinnvoll, die dringend benötigte Informationskampagne gerade auf jene Unentschlossenen auszurichten. Fast die Hälfte der Bevölkerung (47 %) gibt zu, dass ihr Wissen über die Allianz gering ist. Jedoch zögern die ukrainischen Politiker wegen ständig drohender Neuwahlen, diese Frage zur Diskussion zu stellen.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass das zweite staatliche Programm zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die euroatlantische Integration (2008–2011) etwas daran ändern wird. Dieses Programm wurde von der Regierung am 28. Mai 2008 genehmigt. Das erste

Programm wurde in den Jahren 2004–2007 durchgeführt und als nicht wirksam erkannt. Dem heutigen Programm droht bereits das Schicksal des damaligen. Wie im ersten Programm sind nur sehr geringe Finanzmittel für die Pro-NATO-Kampagne vorgesehen. Während der Jahre 2008–2011 ist geplant, 40,5 Mio. Hrywna aus dem Haushalt für diese Kampagne auszugeben. Das sind rund 10 Mio. Hrywna (1,5 Mio. US-Dollar) jährlich, im Vergleich zu jährlichen 5 Mio. Hrywna im alten Programm. Aber selbst dieser kleine Betrag wird wahrscheinlich ineffizient verwendet werden. Die Experten weisen darauf hin, dass trotz der großen Zahl von Veranstaltungen eine Informationsstrategie im Programm fehlt. Außerdem werden die Nichtregierungsorganisationen kaum in die Kampagne mit einbezogen. Die teilnehmenden Organisationen werden sich vermutlich wie früher auf die NATO-Anhänger der Round-Table-Gespräche beschränken, was eine wirkliche Debatte in der Öffentlichkeit behindert. In Missverhältnis zur geringen Finanzierung stehen auch die Ziele des Programms: Die Zahl der Befürworter der euroatlantischen Integration soll im Jahr 2008 auf 36 % der Bevölkerung anwachsen, 2009 sollen es bereits 43 % sein und 2010 genau die Hälfte. Ziel ist es, dass sich 2011 insgesamt 55 % der Bürger für den NATO-Beitritt aussprechen. Auf solche »Aufklärungsarbeiten« könnte dann auch Russland neidisch sein. Zweifellos betreibt die russische Seite aktiv Propaganda gegen den Beitritt der Ukraine zur NATO. Jedoch gelang es Russland erst nach einem Jahrzehnt, die Zahl derer, die im ukrainischen NATO-Beitritt eine Bedrohung für die Sicherheit Russlands sehen, von 50 % auf 60 % zu erhöhen. Darüber hinaus wirkt sich die russische Propaganda aber auch auf die Ukrainer aus. Deshalb ist es nicht überraschend, dass in einem Land, in dem 67 % der Bevölkerung regelmäßig russische Fernsehkanäle nutzt, 88 % der Menschen die Tätigkeit des Präsidenten Juschtschenko nicht unterstützen und 59 % Wladimir Putin vertrauen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung gegen den ukrainischen NATO-Beitritt ist. Die Ukrainer misstrauen den Informationen zur NATO und sind nicht bereit, ihre Meinung noch einmal zu revidieren – dies sind die wichtigsten Hindernisse bei der objektiven NATO-Beurteilung in der Ukraine.

Im europäischen Raum wird den Worten Russlands zumeist mehr Bedeutung beigemessen als denen der Ukraine. So hat Viktor Juschtschenko wiederholt erklärt, dass ein MAP-Status nicht gleichbedeutend mit einer NATO-Mitgliedschaft sei (Russland sieht sie als gleichbedeutend an) und dass zwischen diesen beiden Stufen des Integrationsprozesses eine Menge Zeit verge-

hen könne (wie im Falle von Albanien, das den MAP-Status bereits 1999 erhielt und erst jetzt der NATO beitrifft). Der MAP-Status für die Ukraine wurde auf dem NATO-Gipfel am 2. Dezember als »zu politisch« beurteilt und nicht einmal in Erwägung gezogen. Die Zeit zeigte auch, dass die Taktik Juschtschenkos, es dem Kreml gleichzutun – nämlich vor jedem NATO-Treffen mit Presseerklärungen Druck auf die Mitgliedsländer auszuüben – fehlgeschlagen ist. So haben zum Beispiel die Experten dem Präsidenten am Tag nach seiner Erklärung vom 20. November, in der er betonte, die Ukraine habe alles in ihrer Macht stehende getan und alles Weitere hänge vom politischen Willen der NATO-Partner ab, empfohlen, auf diese Art des Druckes zu verzichten und seine Informationsstrategie zu verändern. Es scheint, dass Juschtschenko die Expertenmeinung nun endlich berücksichtigt. Seit kurzem hat sich der Ton in seinen Erklärungen zur NATO dramatisch verändert. Zuvor hatte der Präsident die Bedeutung der ukrainischen Souveränität und der territorialen Integrität des Landes nachdrücklich hervorgehoben. Am 5. Dezember sprach er aber von der Notwendigkeit, Russland in Verhandlungen einzubeziehen. Darüber hinaus gründete Viktor Juschtschenko am 2. Dezember per Erlass eine interministerielle Gruppe für strategische ukrainisch-russische Beziehungen. Ein solcher Schritt ist bezeichnend, wenn daraus auch nicht unbedingt folgen muss, dass Juschtschenko seine frühere Position zum NATO-Beitritt der Ukraine grundsätzlich geändert hat.

Neue Phase der Beziehungen

Man kann über die Rolle des russischen Faktors bei der letzten NATO-Entscheidung wohl lange streiten und letztendlich ist die Ukraine in vielerlei Hinsicht nicht unschuldig. Der ständige Krieg zwischen Juschtschenko und Timoschenko, der Zusammenbruch der »Orangen« Koalition, die Möglichkeit vorgezogener Wahlen und der Rücktritt des Parlamentspräsidenten – alle diese Entwicklungen haben eindeutig nicht zur euroatlantischen Integration der Ukraine beigetragen. Wegen der anhaltenden innenpolitischen Instabilität ist die Ukraine zu einem unzuverlässigen und unberechenbaren Partner geworden. Deshalb darf die primäre Schuld an den außenpolitischen Misserfolgen der Ukraine nicht jemand anderem zugeschoben werden. Man kann auch die Frage stellen, inwieweit die Verweigerung des MAP-Status in diesem Jahr als »Misserfolg« für die Ukraine in Bezug auf ihre nationalen Interessen betrachtet werden kann? Wenn man über mögliche Folgen nachdenkt, was also passieren könnte, wenn die ukrainische Bitte um den MAP-Status erfüllt worden

wäre, dann müsste man einsehen, dass auch dieser Status kaum zur Steigerung der nationalen Sicherheit der Ukraine beitragen würde. Sogar George Soros hat auf einem Forum in Tallinn gesagt, dass auch der NATO-Beitritt keine Garantie für die Sicherheit der Ukraine und Georgien ist. Auch wenn man zwischen den beiden Stufen des Integrationsprozesses – NATO-Beitritt und MAP-Status – deutlich unterscheidet, worauf, wie schon erwähnt, auch Viktor Juschtschenko bestand, stellt sich die Frage, ob die Ukraine in der Lage ist, eine harte Konfrontation mit Russland ohne NATO-Schirm durchzustehen.

Insgesamt wird die von der NATO beschlossene neue Phase der Beziehungen in Form von »nationalen Jahresprogrammen«, nach Meinung der Autorin, positive Folgen für die Ukraine haben. Nach Auffassung des Außenministers der Ukraine Wolodymyr Ogrysko wird eventuell ein schon vorbereiteter Target-Plan für 2009 als Grundlage für das erste nationale Jahresprogramm dienen. Auf den ersten Blick bringt diese Entscheidung der Ukraine keine nennenswerten Vorteile. Schon sechs Jahren nacheinander kooperiert die Ukraine mit der Allianz im Rahmen des Aktionsplans Ukraine-NATO, die bereits verschiedene Reformen und die Harmonisierung der Standards nach dem NATO-Vorbild vorsehen. Der wichtigste Unterschied zwischen diesen Programmen und dem neuen Programm wird nach Meinung der ukrainischen NATO-Mission darin bestehen, dass seine Umsetzung streng durch die Allianz überwacht wird. Angesichts der Tatsache, dass alle bisherigen Annual-Target-Plans nur zu 75 % umgesetzt wurden, besteht Hoff-

nung, dass die euroatlantische Integration der Ukraine in Zukunft schneller voranschreiten wird.

Resümee

Gern wiederholt man in der Ukraine, dass sich der NATO-Integrationsprozess sehr positiv auf die internen Reformen und die Modernisierung nicht nur des Sicherheitssektors, sondern auch anderer Sektoren auswirkt. Daher ist das Ziel der euroatlantischen Integration der Ukraine die Konsolidierung der ukrainischen Demokratie und die Bestätigung ihrer geopolitischen Ausrichtung. Es ist bekannt, dass dieses Argument auch zur Betonung eines notwendigen EU-Beitritts der Ukraine verwendet wird. Als Folge dessen will fast die Hälfte der Bevölkerung in die EU. Wenn so eine Argumentationslinie auch in der euroatlantischen Integration dominierte, könnte die Ukraine ihre internen Widersprüche bei diesem Thema schneller lösen. Gleichzeitig ist die Behauptung, dass die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine dem Schutz vor Angriffen durch Nachbarn diene, sehr gefährlich, da sie nicht von einer Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird.

Wenn die Ukraine tatsächlich ein Mitglied der NATO werden will, muss sie ihre Argumentation für den euroatlantischen Kurs verändern. Im nächsten Jahr müsste die Ukraine alle Anstrengungen auf das neue Programm der Zusammenarbeit richten und sollte nicht auf der Vergabe des MAP-Status im April 2009 bestehen.

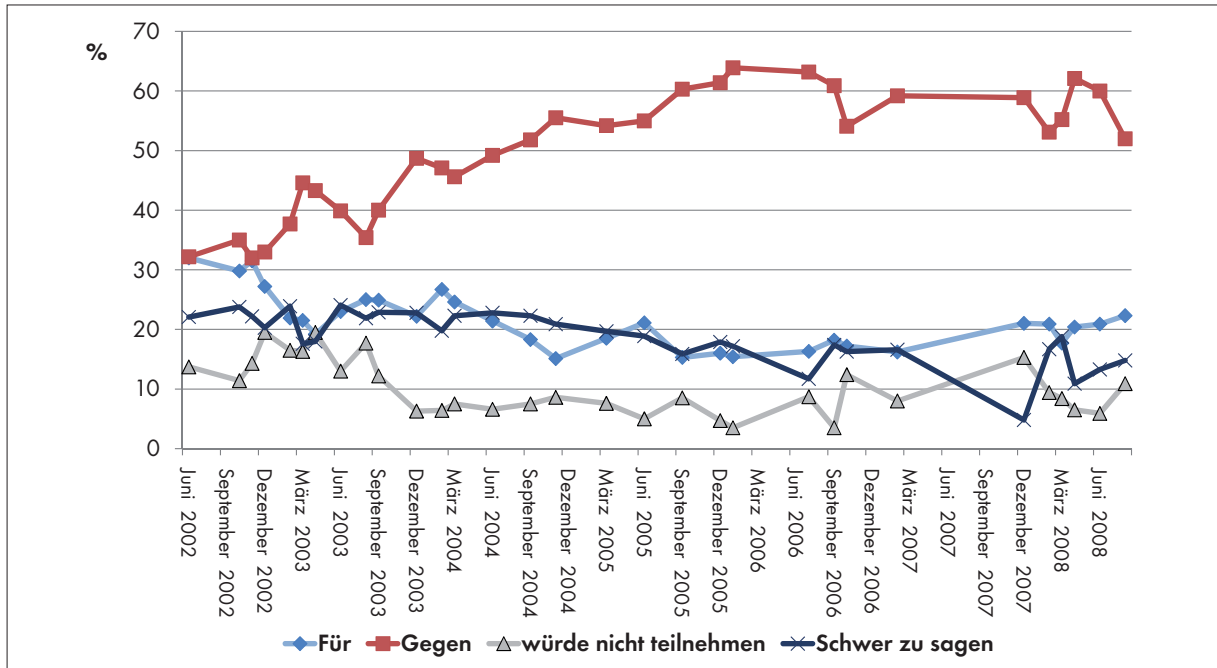
Über die Autorin:

Katerina Malygina ist DAAD/OSI Stipendiatin und studiert im Masterstudiengang für Internationale Beziehungen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Derzeit ist sie Praktikantin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Tabellen und Grafiken

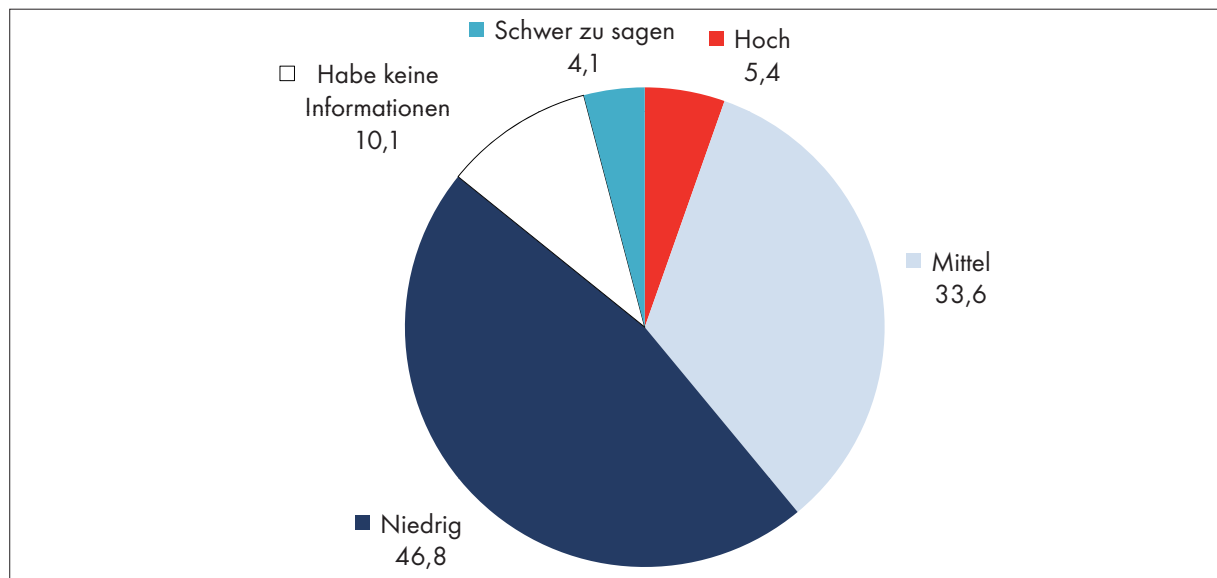
Die ukrainischen NATO-Beitrittsperspektiven

Wenn nächste Woche die Volksabstimmung über den Beitritt der Ukraine in die NATO stattfände, wie würden Sie wählen? (2002 – 2008)



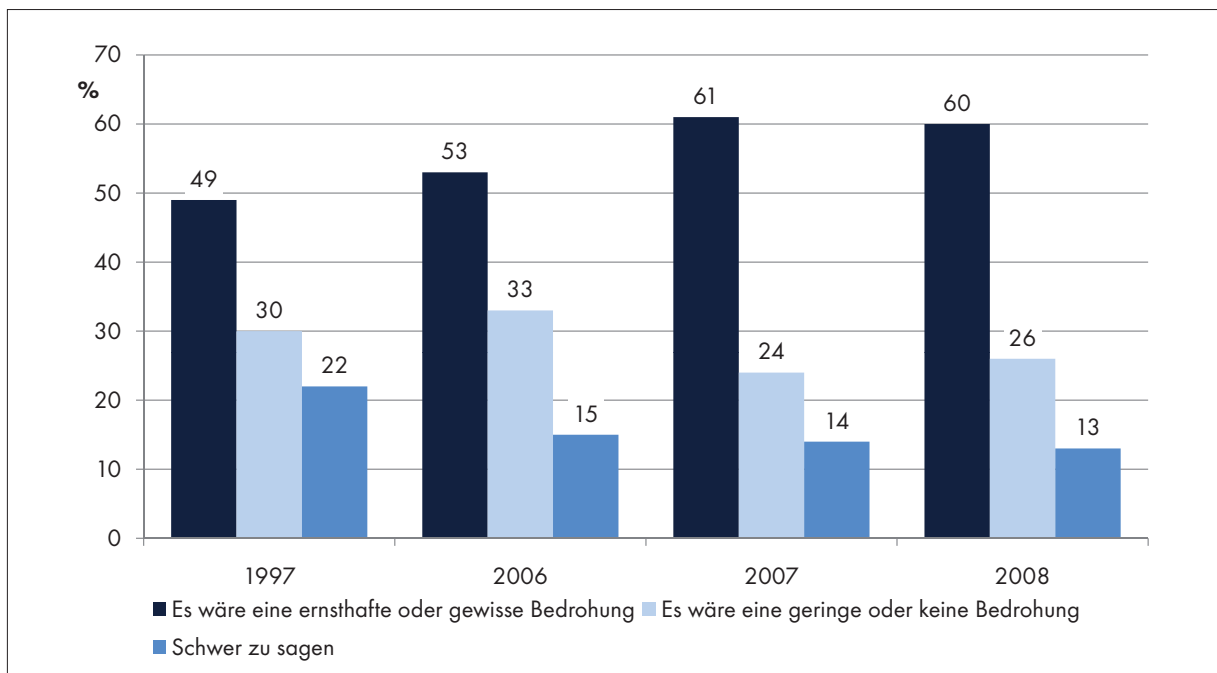
Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums für wirtschaftliche und politische Forschungen, http://razumkov.org.ua/poll.php?poll_id=46

Wie beurteilen Sie Ihr Wissen über die NATO? (Januar – Februar 2008)



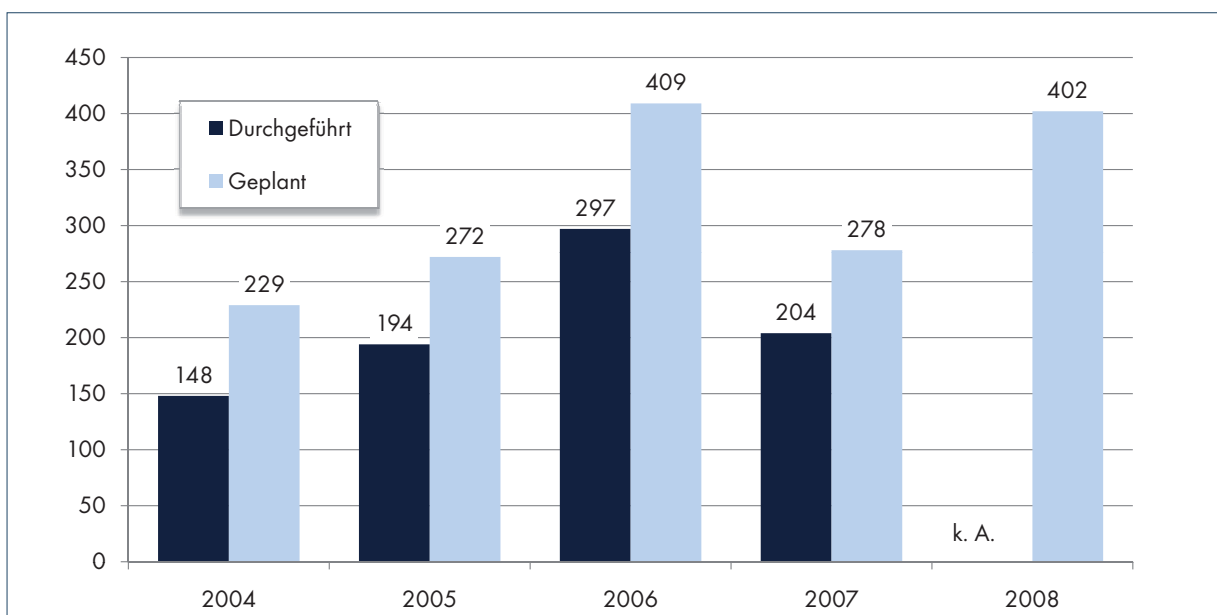
Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums für wirtschaftliche und politische Forschungen, http://razumkov.org.ua/poll.php?poll_id=131

Wahrnehmung des ukrainischen NATO-Beitritts durch die russische Bevölkerung
Inwieweit würde die Sicherheit Russlands durch den ukrainischen NATO-Beitritt bedroht?
 (1997 – 2008)



Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, <http://www.levada.ru/press/2008040103.html>

Geplante und durchgeführte Maßnahmen des Annual-Target-Plans 2004 – 2008



Quelle: Nationales Zentrum für euroatlantische Integration der Ukraine, <http://www.nceai.gov.ua/c-rep.phtml>

Analyse

Sprache und Identität: Reflexionen aus Odessa und Lwiw

Von Abel Polese (University of Edinburgh) und Anna Wylegała (Graduate School for Social Research, Warschau)

Einleitung

Kommt die Rede darauf, dass man Feldforschung in der Ukraine betreibt, bringt einen die Frage nach der Sprache, die dafür zu erlernen ist, häufig in Verlegenheit. In Westeuropa wird oft die Gleichung »ein Land, eine Sprache« aufgemacht. Wenn es eine Ukraine gibt, dann sollte es auch eine ukrainische Sprache geben, die man zu sprechen in der Lage sein muss. Andere Gesprächspartner erinnern sich, dass die Ukraine Teil der Sowjetunion gewesen ist und fragen, ob man Russisch spricht. Einige Ratlose werden sich schließlich erkundigen, ob man Russisch oder Ukrainisch lernen musste.

Die Antwort auf diese Fragen ist extrem kompliziert, da es eine große Herausforderung ist, die Sprache, die in der Ukraine zurzeit verwendet wird, genau zu bestimmen und zu erklären, warum man in diesem Land mit einer Sprache allein nicht auskommt, jedenfalls nicht, wenn man einen vielschichtigen Blick auf die gegenwärtige Gesellschaft werfen möchte. Bereits eine allgemeine Bestandsaufnahme stellt eine Herausforderung dar; sie lässt russisch- und ukrainischsprachige Bevölkerungsteile erkennen, sowie *surzhyk* – eine Mischung aus beiden Sprachen. Wesentlich komplizierter wird es, wenn man zu verstehen versucht, wer was spricht.

Dass der Westen zum Ukrainischen tendiert, während der Osten eher mit dem Russischen sympathisiert, ist allgemein akzeptiert. Je mehr man sich Kiew annähert, desto mehr nimmt die Zweisprachigkeit zu. In Kiew sind nahezu alle Geschäftsschilder und offiziellen Hinweisschilder ukrainisch, auf der Straße wird aber öfter Russisch als Ukrainisch gesprochen. In offiziellen Situationen ist wiederum der Gebrauch des Ukrainischen wahrscheinlicher.

Noch komplizierter wird es, wenn erklärt werden soll, welche Sprache erforderlich ist, um Feldforschung in der Ukraine zu betreiben und im Alltag zu Recht zu kommen. Denn es ist noch schwieriger, zu erklären, warum die Bevölkerung sich nicht auf den Gebrauch nur einer Sprache im ganzen Land einigen kann und, so ließe sich vorsichtig anmerken, das Fehlen einer solchen Einigkeit begründet die Identitätskonfusion in der Ukraine.

Linguistisches Chaos

Der Kern dieser Vermutung besteht im Gebrauch von *surzhyk*, einer Mischsprache, die beide Sprachen ohne erkennbares System und nach einer seltsamen Logik kombiniert: Ich verwende die ersten Worte, die mir in den Sinn kommen, egal aus welcher Sprache sie stammen, du verstehst ja sowieso, was ich sage. Es hat sogar einige ironisch gemeinte Vorschläge gegeben, *surzhyk*

zur ukrainischen Landessprache zu erheben und Andrey Danilko alias Verka Serduchka ist durch die meisterhafte Beherrschung dieser Sprache weltweit bekannt geworden.

Zweifellos ist die Tatsache, dass Lehrbücher und behördliche Formulare in Ukrainisch erscheinen, obwohl ein konstant bleibender Anteil der Bevölkerung den Gebrauch des Russischen bevorzugt, verwirrend. Erinnert sich jemand bei einer russischen Konversation an ein Wort aus einem Buch, wird es höchstwahrscheinlich ukrainisch sein. Da die Ukrainer aber ein sehr entgegenkommendes Volk sind, ist es nicht von großer Bedeutung, welche Sprache verwendet wird, solange sich die Gesprächspartner verstehen.

Das offensichtliche linguistische Chaos hat gleichwohl seine Regeln. Dazu kommt, dass das Fehlen einer Sprache, die von allen (nicht offiziell, sondern tatsächlich) als Muttersprache bezeichnet werden kann, für die sich gerade formierende Identität keine ernsthafte Bedrohung darzustellen scheint.

Entledigt man sich des klassischen Schemas »eine Nation, eine Sprache«, wird ersichtlich, dass es nicht die ukrainische Sprache ist, die die Nation definiert. Um sich als Ukrainer zu verstehen und auch um als einer wahrgenommen zu werden, reicht es aus, dass es einem nicht unangenehm ist, von Ukrainisch umgeben zu sein. Natürlich sind nicht alle Reaktionen gleich und einige Orte sind eher bereit, jemanden als Ukrainer anzuerkennen als andere. Die radikalsten Unterschiede lassen sich vielleicht zwischen Lwiw und Odessa feststellen. Jemand, der sich aufgrund einer positiven Einstellung zur ukrainischen Sprache als Ukrainer versteht, wird in Lwiw bei einem auch nur gelegentlichen Gebrauch des Russischen im Alltag als Russe angesehen werden, während der Gebrauch des Russischen in Odessa sein Ukrainischsein nicht kompromittieren wird; hier muss man vielmehr beim Gebrauch des Ukrainischen mit hochgezogenen Augenbrauen rechnen: »Wir wissen ja, dass du

Ukrainer bist und akzeptieren das«, denken die Leute in etwa, »warum hast du es nötig, Ukrainisch zu sprechen und etwas zu betonen, das wir sowieso wissen?«

Lwiw

Wenn es eine Stadt gibt, die zweifelsfrei als ukrainischsprachig bezeichnet werden kann und in der die ukrainische Kultur eindeutig dominiert, dann ist es Lwiw – das Symbol des ukrainischen Nationalismus. Doch auch in dieser sehr ukrainischen Stadt gibt es neben den etwa 80 Prozent Ukrainern, die Ukrainisch als ihre Muttersprache bezeichnen, einen Bevölkerungsanteil von Russen, der bei etwa acht bis zu zwölf Prozent liegt und die Anzahl derer, die Russisch sprechen, ist noch etwas größer. Wie sieht diese Gruppe aus und wie sind die Verbindungen zwischen Sprache und Identität in ihrem Fall?

Die Identität der russischsprachigen Bevölkerung, die sich der russischen Nationalität zugehörig fühlt, gründet in einem Bewusstsein für ihre Herkunft und in einer Verbindung zu ihrer Sprache und Kultur. Allgemein kann man sagen, dass es bei den meisten Bewohnern Lwiws hauptsächlich die Sprache ist, die ihre Identität ausmacht und der größte Teil derer, die Russisch als Hauptsprache verwenden, würde sagen: »Ich bin Russe, weil ich Russisch spreche.«

Ein Mitglied des Russischen Jugendverbands erklärt so: »Russe sein heißt, dass ich mich mit der russischen Sprache, Kultur und Literatur beschäftigen sollte. Ich sollte die Sprache nicht verschandeln, durch den Gebrauch von *surzhyk* oder so... Ich weiß, dass ich all das bewahren und an meine Kinder weitergeben soll, damit wir wissen, wer wir sind.«

Für die Bewohner von Lwiw, deren Muttersprache zwar Russisch ist, die sich aber als Ukrainer bezeichnen, ist die Beziehung zwischen Sprache und Identität gegensätzlich und lässt sich so beschreiben: »Trotz der Sprache, die ich spreche, bin ich Ukrainer.« Diese Leute sind gewissermaßen Neulinge. Sie kommen aus russischen oder gemischten Familien und haben in einem bestimmten Moment ihres Lebens beschlossen, sich eher als Ukrainer denn als Russen zu begreifen. Für manche von ihnen war dieser Moment mit dem Prozess des Erwachsenwerdens, in dessen Verlauf ein Bewusstsein für sich selbst entsteht, verbunden und aus ihm heraus wurde die Entscheidung getroffen, sich mit der ukrainischen Nationalität zu identifizieren.

Bei anderen gestaltete sich der Vorgang abrupter und erinnert eher an eine religiöse Konversion als an eine sich wandelnde Identität. Eine der Befragten machte so eine entsprechende Erfahrung bei einem Auslandsaufenthalt, bei dem die Frage aufkam, welche Nationalität sie ver-

trete und welche Nation sie als ihre betrachte. Obwohl sie aus einer rein russischen Familie kommt und in der russischen Tradition aufgewachsen ist, wurde ihr klar, dass sie sich nicht wie ihre Eltern russisch fühlt.

Von der Gruppe der »ursprünglichen« Ukrainer in Lwiw werden solche Neuankömmlinge häufig nicht akzeptiert. Wegen ihrer russischen Herkunft erkennt die ukrainische Mehrheit sie nicht als »echte« Ukrainer an.

So klagt eine junge russischsprachige Frau, deren Verlobter Ukrainer ist: »Für mich bestimmt die Sprache die Identität nicht – für die meisten Leute hier aber schon. Und was ändert es, wenn ich den Eltern meines Verlobten erzähle, dass ich Ukrainerin bin? Sie werden es nicht glauben und mich nicht akzeptieren. Für sie entscheidet noch immer die Sprache, wer du bist. Sie werden nicht mal sagen, dass ich russischsprachig bin – für sie bin ich einfach eine Russin.«

Die Mehrheit der »Neu-Ukrainer« spricht perfekt Ukrainisch und gebraucht es in der Öffentlichkeit. Obwohl sie auch mit der ukrainischen Kultur vertraut sind, haben diese Leute stark das Gefühl, aufgrund ihrer Herkunft ein Defizit zu haben.

Ein junger Geschichtsdoktorand aus einer gemischten russisch-ukrainischen Familie erklärt: »Bis ich sechzehn war, hatte ich all die Dinge nicht, die für einen durchschnittlichen ukrainischen Teenager selbstverständlich waren; ich war nicht bei *Plast* [den ukrainischen Pfadfindern], hatte kein Shevchenko-Poster an der Wand und mein Großvater hat 1918 nicht gegen die Polen gekämpft. Offen gesagt hatte ich all diese Dinge, die für viele Menschen absolut grundlegend und selbstverständlich sind, nicht. Und deshalb können mich viele Ukrainer nicht als »echt« ukrainisch ansehen.«

Ist eine soziale Anerkennung wichtig, dann kann ein solcher Mangel an Akzeptanz und Unterstützung von erheblicher Bedeutung sein. Er kann dazu führen, dass die russische und die ukrainische nationale Identität abgelehnt werden und kaum eine Identifikation stattfindet, um Ablehnung und Konfliktsituationen zu vermeiden. Wer sich nicht in die Gemeinschaft der ukrainischsprachigen Ukrainer integrieren kann, bleibt außen vor und eine Rückkehr in die russische Gemeinschaft ist nicht mehr möglich.

»In gewisser Weise bin ich Russe, aber wenn ich nach Russland komme, nennt man mich *chochol*. Hier werde ich gern *moskal* [abwertend für aus Moskau kommend] genannt. So gehöre ich weder für die einen noch für die anderen wirklich dazu. Vielleicht kommt es daher, dass ich mich mehr und mehr als Bewohner von Lwiw betrachte; so hackt jedenfalls niemand auf mir rum.«

In Lwiw Russe zu sein heißt häufig, als jemand wahrgenommen zu werden, der keine feste Identität hat. Auch wenn die Sprache die Nationalität nicht bestimmt, zumindest nicht im Sinne der Selbstwahrnehmung der Betroffenen, ist sie bedeutsam – indem sie nämlich die Anerkennung durch die ukrainische Gemeinschaft beeinträchtigt, zu der zu gehören sie sich entschieden haben.

Odessa

Wer in Odessa mit dem Zug ankommt, wird von einer Arie aus einer russischen Oper willkommen geheißen, die einen gleich mit der Tatsache vertraut macht, dass Russisch hier wesentlich verbreiteter ist als Ukrainisch. So bekam eine junge Lehrerin, die gerade aus Kiew angekommen war und fragte, in welcher Sprache sie an der dortigen Universität unterrichten sollte, zur Antwort: »Unsere Politiker wissen sehr genau, dass Odessa nicht Ukrainisch spricht oder sprechen wird.« Fragt man aber nach, dann sagen die meisten Bewohner Odessas, dass sie Ukrainisch verstehen und auch sprechen können, nur ... nicht gerade jetzt.

Spricht man in Odessa wirklich genauso gut Ukrainisch wie Russisch? Immerhin bemerkte schon Puschkin, dass es die Rolle des exotischen Odessa sei, die russische Sprache zugunsten einer Mischung aus Jiddisch, Russisch und anderen regionalen Sprachen niederzustrecken, die dazu taugt, in der Stadt zurecht zu kommen, mit der Bevölkerung zu kommunizieren und Witze zu erzählen. Wer sich danach erkundigt, mag zur Antwort bekommen, dass man in Odessa nichts als Odessisch spricht und in der Tat begegnen einem in Buchläden und auf Märkten immer wieder Odessisch-Russische Wörterbücher. Sprechen die Bewohner von Odessa Ukrainisch?

»Ich bin Ukrainer, ich spreche Russisch, bin aber Ukrainer. Das wurde mir klar, als ich nach Russland kam. Ja, ich verstand die Sprache und die kulturellen Bezüge dort, aber ich fühlte mich nicht zu Hause, irgendetwas war anders.« Viele Leute in Odessa behaupten, sehr schlecht Ukrainisch zu sprechen, erwähnen aber auch, dass sie die ukrainische Sprache in ihrem Leben schon benutzt haben. »Als ich bei meiner Arbeit zum ersten Mal aufgefordert wurde, Ukrainisch zu sprechen, habe ich mich gefragt, wie ich da ohne Ukrainisch-Kenntnisse durchkommen solle. Dann habe ich angefangen Ukrainisch zu sprechen und jetzt ist es meine Arbeitssprache. I denke, dass ist für die Ukrainer die Regel, sie können Ukrainisch aber weigern sich es zuzugeben, wenn es aber sein muss, können sie es.« Ein bulgarischer Lehrer, der in Ukrainisch unterrichten

soll, sagt: »Die Kinder sind keine ukrainischen Muttersprachler und ich auch nicht. Aber so ist die Situation und ich tue mein Bestes.«

Wird die Fähigkeit des Gesprächspartners Ukrainisch zu sprechen in Frage gestellt, passiert es leicht, dass dieser beginnt, sein »Ukrainischsein« unter Beweis zu stellen. Der Übergang ins Ukrainische gestaltet sich meist jedoch alles andere als reibungslos, geht mit dem Gebrauch von *surzhyk* einher und häufig werden grundlegende Dinge wie etwa die Monate verwechselt. Ein Befragter, der erzählte, dass er im Oktober in die Westukraine fahren würde, tat dies mit Bezug auf die starke linguistische Präferenz der Stadt für das Ukrainische, wobei er jedoch statt von *showten* (ukrainisch für Oktober) von *listopad* (November) sprach.

Nichtsdestotrotz wird aber das Ukrainischsein der Sprecher von diesen selbst genauso wie von ihren Zuhörern akzeptiert und Fehler werden als gelegentliche Ausnahmen wahrgenommen (obwohl sie die Regel sind): Die Wahrnehmung der Realität ist entscheidender als die Realität.

Die Bewohner Odessas scheinen jedoch ein klareres Bild davon zu haben, wer sie sind, als man vermuten würde. Trennungslinien können durch jeden Bereich des täglichen Lebens verlaufen. Manchmal erkennen sie auch in Situationen, in denen eine Entscheidung getroffen werden muss, wer sie sind: »Ich war in einer Straßenbahn und es kamen ein paar Leute herein, die anfangen, ukrainische Nationalgesänge anzustimmen. Mir machte das nichts aus, aber ein älterer Herr meinte, diese Ukrainer gehörten erschossen. In diesem Moment fühlte ich etwas in mir. Ich bin aus Odessa und spreche hauptsächlich Russisch, aber dennoch ging ich zu ihm hin und sagte: ›Ich bin genauso Ukrainer, würden Sie mich auch erschießen?‹ Sofort entschuldigte er sich und machte den Tag, das Wetter, die Hitze verantwortlich. Für mich war das ein wichtiger Moment, denn in ihm ist mir meine Stellung in dieser ständigen Konkurrenz zwischen Russen und Ukrainern klar geworden.«

In einigen Fällen wurde betont, dass es sich nicht um eine »Konversion« gehandelt habe, sondern dass der Befragte sich seiner selbst bewusst geworden wäre und erkannt habe, dass er Ukrainer ist; so zum Beispiel im Falle Sergejs, der sein »Ukrainischsein« entdeckte, als er mit der Armee im Westen des Landes war: »Als ich zum ersten Mal in Lwiw war, erkannte ich, dass ich Ukrainer bin. Damals dachte ich: ›Warum haben unsere Lehrer uns nicht einfach nur einmal hierher gebracht, anstatt uns die ganze Zeit Geschichten davon zu erzählen, wie ukrainisch wir seien.‹ Diese Stadt war so schön und ich war so glücklich, Ukrainer zu sein...«

Nach einer Konferenz, die in Kilja, einer Grenzstadt zu Rumänien (in der Region Odessa) stattgefunden hatte, waren auf dem Rückweg nach Odessa die Hälfte der Busreisenden Konferenzteilnehmer, unter ihnen auch eine kleine Gruppe aus Moskau, die beschlossen hatte, während der Fahrt den örtlichen Wein zu testen. Durch ihr Benehmen und die Notwendigkeit, zur Benutzung der Toiletten öfter als erlaubt anzuhalten, konnte der Fahrplan des Busses nicht eingehalten werden. Außer Kommentaren wie dem, dass sie so betrunken seien, dass der Fahrer schon dadurch, dass er in ihrer Nähe atme, riskiere, fahruntüchtig zu werden, kam es dazu, dass eine Frau zu Hause anrief, um ihre Verspätung anzukündigen. Sie erklärte, eine Gruppe von Russen halte den Bus auf. Damit waren, auch wenn das nicht ausdrücklich gesagt wurde, Russen aus Russland gemeint; und so wurde es auch verstanden. Sie hätte einen anderen Ausdruck verwenden können, etwa Moskauer oder Ausländer, schließlich war ein Teil der übrigen Reisenden ebenfalls russisch und auch sie selbst sprach Russisch; es schien jedoch ziemlich bezeichnend dafür, wie in der Wahrnehmung der Bevölkerung Russen und Ukrainer zwei verschiedene Kategorien sind, die obwohl sie mit dem gleichen Namen bezeichnet werden, eindeutig voneinander unterschieden werden, ohne dass dieser Unterschied einem Ausländer erklärt werden könnte. Wie einer der Befragten sagt: »In meinem Kopf ist es ganz klar, aber ich kann es nicht ausdrücken.«

In Odessa stehen russische und ukrainische Bezüge gleichzeitig nebeneinander und vermischen sich auf eine unauflösbare Weise, die Neuankömmlinge verwirrt, deren Regeln in den Köpfen der Ortsansässigen jedoch ziemlich klar sind. Vielleicht ist es gar nicht möglich, eine einzige Bedeutung für das Wort »russisch« zu finden oder jemanden zu verstehen, der sich als »russisch« bezeichnet. Das bedeutet jedoch nicht, dass die ukrainische Identität exklusiv ist oder, dass Ukrainischsein nichts Objektives darstellt: Es gibt nur keine klaren Trennlinien, die einen Russen von einem Ukrainer unterscheiden, und nicht einmal die Sprache definiert die Nation.

Resümee

Lwiw und Odessa verkörpern anscheinend zwei gegensätzliche Modelle der Beziehung zwischen Sprache und Identität; dennoch ist beiden Städten etwas gemein, und zwar die Einstellung gegenüber Sprachen sowie die Tendenz zu einer unausgewogenen Zweisprachigkeit.

In Lwiw markiert einen der Gebrauch einer Sprache für das ganze Leben: Wenn du Russisch sprichst,

bist du Russe oder wirst zumindest von den anderen als einer wahrgenommen. Umgekehrt und paradoxerweise wirst du, wenn du in Odessa Ukrainisch sprichst, gefragt, wieso du das tust, du wärst schließlich nicht in Kiew.

Und tatsächlich ist in Lwiw die Sprache für viele – Russen wie Ukrainer – untrennbar mit der nationalen Identität verbunden. Es gibt aber dennoch eine signifikante Anzahl »Konvertierter«, die in einem bestimmten Moment ihres Lebens beschlossen haben, nicht mehr Russen, sondern Ukrainer zu sein. Für sie markiert die Sprache nicht mehr die Identität; ihre Entwicklung führt dazu, dass eine Identität *trotz* der Sprache entsteht. In Odessa überrascht es umgekehrt niemanden, wenn Ukrainer Russisch sprechen.

Nationale Identität hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, bei denen letztlich die Subjektivität entscheidend ist. Mangelnde Anerkennung von außen kann die Selbstwahrnehmung zwar durchaus beeinflussen, letzten Endes wird aber niemand die nationale Identität verleugnen, die er für sich gewählt hat, selbst wenn deren Anerkennung schwieriger als erwartet ist. Identität, um an eine endlose Debatte der Sozialwissenschaften anzuknüpfen, ist in diesen Fällen eher gewählt als »gegeben« oder ererbt. Ob die Wahl akzeptiert wird, ist eine andere Frage.

Die Bedeutung der Sprache als Identitätsmarker soll damit nicht bestritten werden, es geht vielmehr darum, ein anderes Verständnis von Identität vorzuschlagen: Sprache spielt solange eine Rolle, wie sie das Gefühl von Einzigartigkeit verleiht, was in den Fällen von Lwiw und Odessa davon abhängt, wie sich die Leute auf die Sprache beziehen. Sprache ist bedeutsam, nicht jedoch die bloße Tatsache, dass man sie verwendet, sondern die innere Einstellung, die man zu ihr hat. In Odessa sprechen die Ukrainer im Alltag eher Russisch, akzeptieren aber die Präsenz des Ukrainischen im öffentlichen Raum. In Lwiw sprechen die ukrainischen Neulinge zu Hause Russisch, wechseln aber, sobald sie auf die Straße kommen, ins Ukrainische und zollen damit in ihren Augen der Sprache der Nation, die sie als die ihre gewählt haben, Respekt.

Die Antwort auf die Frage, welche Sprache man lernen muss, könnte eine weitere Frage sein: Denn es kommt sowohl auf die Stadt oder die Region an, in der die Feldforschung stattfinden soll, als auch auf die Umgebung, die untersucht werden soll. Es kommt darauf an, ob die Forschung sich stärker auf Kommunikation zu Hause oder auf der Straße bezieht und darauf, ob der offizielle oder der informelle Diskurs untersucht werden soll. Wichtig ist, dass man nicht nur eine Spra-

che berücksichtigt, sondern die Einstellung gegenüber beiden, dass man lernt, die richtige Sprache in der richtigen Situation zu verwenden, und vor allem, dass man keine der beiden Sprachen zurückweist sondern gegenüber beiden eine positive Einstellung an den Tag legt. Ist man bereit und in der Lage, beiden Sprachen zuzuhören, wird einem auch zugetraut werden, solidarisch

mit den ukrainischen Verhältnissen umzugehen. Lässt man eine Offenheit gegenüber beiden Sprachen erkennen, ist es möglich, sein Gegenüber für sich einzunehmen, auch wenn man in Odessa Ukrainisch und in Lwiw Russisch vielleicht nie gebrauchen wird.

Übersetzung: Sophie Hellgardt

Über die Autoren

Abel Polese ist Marie-Curie-Forschungsstipendiat an der University of Edinburgh. Davor war er Marie-Curie-Stipendiat am Hannah-Arendt-Institut in Dresden und Dozent an mehreren Universitäten in Kiew und Odessa.

Anna Wylegała hat an der Universität Warschau Soziologie studiert. Derzeit ist sie Doktorandin an der Graduate School for Social Research, Warschau.

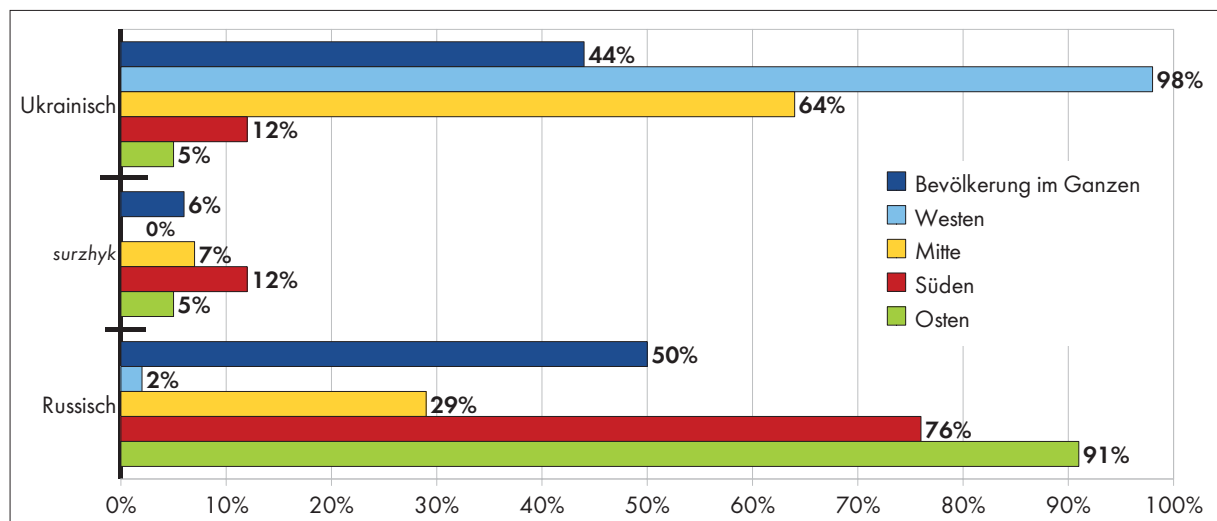
Lesetipp

Eine ausführlichere Darstellung der Autoren zum Thema findet sich in:

Abel Polese, Anna Wylegała: Odessa and Lvov or Odesa and Lviv: How Important is a Letter? Reflections on the Other in Two Ukrainian Cities, Nationalities Papers, Jg. 36, Nr. 5 (November 2008), S. 787–814.

Umfrage

Welche Sprache benutzen Sie im Alltag?



Quelle: Repräsentative Umfrage des FOM-Ukraine, November 2008, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du080201

Chronik
Vom 26. November bis zum 9. Dezember 2008

26.11.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko bestätigt die Unterzeichnung Abkommens mit der Weltbank über einen Kredit in Höhe von 3 Mrd. Hrywna (385 Mio. Euro) über 30 Jahre zur Deckung des Budgetdefizits.
29.11.2008	Es findet der Parteitag von Unsere Ukraine statt. Hier wird Russlands Außenpolitik als Bedrohung für die ukrainische Sicherheit bezeichnet. Der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko wird zum Vorsitzenden der Partei gewählt, nachdem der bisherige Amtsinhaber Wjatscheslaw Kirilenko zu Beginn der Sitzung sein Amt niedergelegt hatte. Seine Funktion als Fraktionsführer behält er.
1.12.2008	Die Mehrheit im Parlament lehnt die Kandidatur des Kandidaten vom Block Unsere Ukraine Iwan Pluschtsch für das Amt des Parlamentspräsidenten ab. Der Block Timoschenko hatte bereits am Vortag beschlossen, erst die Koalitionsfrage klären zu wollen und danach einen neuen Parlamentspräsidenten zu wählen.
2.12.2008	Präsident Viktor Juschtschenko schafft per Erlass eine überbehördliche strategische Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Beziehungen unter der Leitung von Raisa Bogatyrjowa, der Leiterin des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates. Des Weiteren schafft Juschtschenko das Amt eines speziellen Vertreters zur Entwicklung der russisch-ukrainischen Beziehungen, das mit dem derzeitigen Botschafter der Ukraine in Russland, Konstantin Grischtschenko, besetzt wird.
2.12.2008	Der Generalsekretär der NATO, Jaap de Hoop Scheffer erklärt, dass die NATO der Ukraine ein neues Beziehungsformat vorschlägt, das sogenannte nationale Jahresprogramm. Die Einbeziehung in den Aktionsplan für die Nato-Mitgliedschaft wurde der Ukraine für den jetzigen Zeitpunkt verweigert und auch das von den USA vorgeschlagene beschleunigte Aufnahmeverfahren für die Ukraine wurde nicht angenommen.
3.12.2008	Die EU-Kommission schlägt für sechs Länder aus dem früheren sowjetischen Machtbereich, darunter auch die Ukraine, eine neue »Östliche Partnerschaft« vor, wodurch die Grenzen und die Energielieferungen sicherer werden sollen. Die EU will nach dem Beitritt der besagten Länder zur WTO Freihandelszonen einrichten. Auch Visa- und Handelserleichterungen sowie größere Finanzhilfen sind geplant. Im Zeitraum 2010 bis 2013 sollen rund 600 Mio. Euro für das Vorhaben ausgegeben werden.
4.12.2008	Der Ministerpräsident Russlands Wladimir Putin kündigt der Ukraine eine Kürzung der Gaslieferungen an, wenn aus den Pipelines nach Europa unrechtmäßig Gas abgezweigt werde. Gleichzeitig laufen Verhandlungen über die Rückzahlungsmodalitäten der Schulden von Naftohaz Ukrainy an Gazprom. Zu Beginn des Monats waren 300 Mio. US-Dollar der zur Tilgung für diesen Zeitpunkt versprochenen 500 Mio. US-Dollar an Gazprom zurückgezahlt worden. Die ukrainische Seite bat für die restlichen Schulden, die sich laut russischer Angaben auf 2,4 Mrd. US-Dollar belaufen, um Aufschub.
4.12.2008	Auf der Parlamentssitzung kommt es nicht wie angekündigt zur Formierung einer neuen Koalition aus dem Block Timoschenko und der Partei der Regionen. Präsident Viktor Juschtschenko betont, dass eine solche Koalition der Ukraine ernsthaften Schaden zufügen könne und er selbst eine Revision der Verfassung durch diese neue Koalition nicht zulassen werde.
8.12.2008	Entgegen anderslautender Meldungen erklärt Alexander Efremow, der erste stellvertretende Vorsitzende der Partei der Regionen, dass seine Partei noch keine Koalitionsvereinbarungen ausgehandelt habe und es auch noch keine entsprechenden Dokumente gäbe. Das gleiche erklärt der Fraktionsführer des Blocks Timoschenko Iwan Kirilenko für seine Fraktion.
8.12.2008	Der Außenminister der Ukraine Wladimir Ogrysko geht davon aus, dass bei Erfüllung der von der NATO vorgeschlagenen nationalen Jahrespläne ein Membership-Action-Plan überflüssig werden könne. Dieser war kurz zuvor von der NATO jedoch ausdrücklich als Vorstufe zur Mitgliedschaft bezeichnet worden.
9.12.2008	Die Fraktion Unsere Ukraine beschließt die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit dem Block Timoschenko und dem Block Litwin.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de